

24.02.2016

# Gesetzentwurf

der Landesregierung

## **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

### **A Problem**

#### **I. Inhalt und Notwendigkeit des Nachtragshaushalts 2016**

Insbesondere vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten hat die Landesregierung ein Maßnahmenpaket für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort beschlossen.

Dieses Maßnahmenpaket umfasst die folgenden 15 Punkte:

#### **a) Hilfe für die Opfer und konsequente Strafverfolgung**

1. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle im Bereich der Justiz für die Opfer der Straftaten aus der Silvesternacht in Köln, um diese zu begleiten, allgemeine Hilfestellung zu leisten und Opfergespräche zu führen.
2. Personelle Verstärkung innerhalb der Staatsanwaltschaften für die noch zügigere Bearbeitung der anhängigen Verfahren und Übertragung der positiven Erfahrungen mit dem Modell „Staatsanwalt für den Ort“ durch personelle Bündelung der Zuständigkeiten innerhalb der Staatsanwaltschaften.
3. Auslobung einer hohen Belohnung für Hinweise, die zur Ermittlung oder Ergreifung der Täter aus der Silvesternacht in Köln führen.
4. Zugleich konsequente Verfolgung von Straftaten mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund durch rechtsradikale Banden und Gruppierungen.

Datum des Originals: 23.02.2016/Ausgegeben: 25.02.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**b) Stärkung der Inneren Sicherheit**

5. Schnellere Verfahren  
Intensive Nutzung des besonders beschleunigten Strafverfahrens insbesondere in den Großstädten des Landes.
6. Mehr Polizei vor Ort  
Die Präsenz der Polizei auf der Straße wird verstärkt. Dafür sollen möglichst schnell 500 Polizisten zusätzlich an den Kriminalitätsbrennpunkten der Ballungsräume eingesetzt werden.
7. Ausweitung der Videobeobachtung  
In den Ballungsräumen wird die Videobeobachtung an Kriminalitätsbrennpunkten (z.B. auf den Kölner Ringen) auf der Basis des Polizeigesetzes verstärkt, um Straftäter abzuschrecken oder Straftaten besser nachweisen zu können.
8. Prävention aller Formen von sexualisierter Gewalt  
Die bestehenden Präventionsprogramme gegen jede Form von sexualisierter Gewalt werden ausgeweitet und, wenn nötig, neu justiert.
9. Intensivierung des Datenaustausches von Polizei und Justiz mit Behörden und Gerichten im In- und Ausland  
Es werden Maßnahmen ergriffen, um eine verlässliche Feststellung der Identität von Straftätern zu ermöglichen und Wiederholungstaten zu verhindern (z. B. durch gespeicherte Fingerabdrücke).
10. Durchführung von Sicherheitskonferenzen  
Der Innenminister wird in den Großstädten zu Sicherheitskonferenzen einladen, an denen Kommunen, Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden beteiligt werden.

**c) Mehr Ordnung in den Asylverfahren**

11. Beschleunigung der Asylverfahren  
Die Asylverfahren müssen dringend beschleunigt werden. Die Landesregierung wird sich daher einer sachlichen Diskussion aller Maßnahmen auf Bundesebene nicht verschließen, die zu der Beschleunigung der Asylverfahren – einschließlich der anhängigen „Altfälle“ – führen. Die Beschleunigung der Verfahren ist der Schlüssel für gelingende Integration und beugt auch der Entwicklung krimineller Banden und Milieus vor.
12. Zentrale Koordinierungsstellen  
Das Land wird die Kommunen bei freiwilligen Ausreisen und bei Ausweisungen noch effektiver unterstützen. Hierzu werden zentrale Koordinierungsstellen bei den Zentralen Ausländerbehörden eingerichtet und dort deren Personal verstärkt. Die Koordinierungsstelle wird bisherige Unterstützungsleistungen bei Abschiebungen wie Flug- und Transportmanagement bündeln und den Kommunen als zentraler Ansprechpartner für Rückkehrfragen zur Verfügung stehen.
13. Beseitigung von Abschiebungshindernissen  
Das Fehlen von Reisedokumenten ausreisepflichtiger Personen und die daraus resultierende schwierige und langwierige Beschaffung von Passersatzdokumenten verhindern in vielen Fällen zügige Abschiebungen. Dies gilt vor allem bei Abschiebungen in nordafrikanische Staaten. Die Landesregierung wird gemeinsam mit dem verantwortlichen Bund auf die Beseitigung von Abschiebungshindernissen hinwirken und sich aktiv an der neuen Organisationseinheit für die Passersatzpapierbeschaffung beteiligen.

**d) Stärkung der Integration vor Ort**

14. Die flächendeckend aufgebauten und gerade gestärkten Kommunalen Integrationszentren werden die Aufgabe der Wertevermittlung als zentrale Aufgabe wahrnehmen und koordinieren. Dazu sind bereits geeignete Materialien entwickelt worden.
15. Als erstes und bisher einziges Bundesland investiert NRW erhebliche Mittel, um zunächst 3.600 zusätzliche Plätze in Basissprachkursen zu den Angeboten des Bundes zu schaffen – und dies zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.

Die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets macht einen Nachtragshaushalt für 2016 erforderlich, mit dem die für 2016 benötigten zusätzlichen Planstellen/Stellen, die erforderlichen Personal- und Sachausgaben sowie die notwendigen Investitionen bereitgestellt werden.

Die konkreten Einzelmaßnahmen zur Umsetzung des Maßnahmenpakets und die damit zusammenhängenden Planstellen/Stellen und Ausgaben sind in der Anlage 1 dargestellt.

Neben den zusätzlichen Planstellen/Stellen und Ausgaben zur Umsetzung des Maßnahmenpakets enthält der Nachtrag noch folgende Positionen:

- 4 zusätzliche Planstellen/Stellen und Ausgaben für den vom Landtag eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“;
- Ausgaben in Höhe von rd. 3,4 Mio. EUR für die Eingangssicherung am Gebäude des Landtags.
- 6 zusätzliche Planstellen für eine Stabsstelle im Ministerium für Inneres und Kommunales zur Begleitung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Silvesternacht 2015“.

**B Lösung**

Verabschiedung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016.

**C Alternativen**

Keine.

**D Kosten**

Die Mehrausgaben werden durch eine Erhöhung der Globalen Minderausgaben in allen Einzelplänen im Epl. 20 – Allgemeine Finanzverwaltung gedeckt. Die Nettoneuverschuldung ist unverändert.

Die vorgenommenen Veränderungen führen zu keiner Erhöhung des Haushaltsvolumens.

**E Zuständigkeit**

Zuständig ist das Finanzministerium.

**F Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände**

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind in unterschiedlicher Weise betroffen.

**G Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte**

Die Unternehmen und die privaten Haushalte sind in unterschiedlicher Weise betroffen.

**H Befristung**

Das Haushaltsgesetz bezieht sich gemäß Art. 81 Abs. 3 LV i. V. m. § 11 LHO insgesamt auf das Haushaltsjahr 2016.

## **Gesetzentwurf der Landesregierung**

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

#### **Artikel 1**

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) vom 17. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 920)

wird wie folgt geändert:

1. Der dem Haushaltsgesetz 2016 beigefügte Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) wird durch den diesem Nachtrag beigefügten Gesamtplan ersetzt.
2. Der dem Haushaltsgesetz 2016 beigefügte Haushaltsplan wird nach Maßgabe des diesem Gesetz beigefügten Nachtrags geändert.

#### **Artikel 2 Inkrafttreten**

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft.



Anlage zum  
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Gesamtplan**

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

**Haushaltsübersicht**

Einzelplan	Einnahmen		Ausgaben		Verpflichtungsermächtigungen 2016 (TEUR)	Ausgaben 2015* (TEUR)
	2016 (TEUR)	2015* (TEUR)	2016 (TEUR)			
01 Landtag	195,2	195,2	134866,9		4550,2	126171,6
02 Ministerpräsidentin	727,5	862,3	122855,7		23680,0	121340,0
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	178476,4	189831,2	8 553352,8		1 326843,4	6 696924,6
04 Justizministerium	1 176 014,2	1 199 239,0	4 047 246,1		57308,2	3 877398,3
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	266 153,0	264 874,3	17 266 761,5		293408,8	16 261650,5
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1 418 888,0	1 239 984,8	8 254 791,7		758529,0	7 805884,1
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	159 274,9	109 937,3	3 398 422,1		244420,0	3 024 046,4
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	2 064 174,0	1 872 608,1	3 523 774,9		1 720 068,0	3 136 509,2
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	403 063,8	385 642,8	1 006 711,4		945 308,6	946 322,9
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	3 276 244,7	3 012 818,6	4 232 562,0		152 603,6	3 922 881,5
12 Finanzministerium	1 157 776,3	749 035,5	2 213 699,0		499 780,0	2 113 486,4
13 Landesrechnungshof	163,8	163,7	41 306,4			41 257,1
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	185 290,8	316 305,8	55 141,1		494 260,8	825 898,2
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	234 645,8	235 833,4	1 093 034,2		176 923,0	1 029 572,0
16 Verfassungsgerichtshof	0,2	0,2	58,0			58,0
20 Allgemeine Finanzverwaltung	59 043 512,5	56 689 975,0	15 123 744,3		168 052,0	16 337 906,4
Zusammen	69 564 601,1	66 267 307,2	69 564 601,1		6 415 933,6	66 267 307,2

\* Stand: 4. Nachtragshaushalt 2015 einschl. endgültigem Stand der Umsetzungen im Haushaltsvollzug 2015 = Vorjahresvergleichszahl.

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

## FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>HAUSHALTSVOLUMEN</b>	69.564,6
<b>II.</b>	<b>ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
1.	<b>Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	69.557,7
2.	<b>Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	67.575,8
3.	<b>Finanzierungssaldo</b>	-1.981,9
<b>III.</b>	<b>ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
4.	<b>Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	19.964,9
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	17.978,9
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.986,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	—
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	4,2
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,3
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	0,2
9.	Finanzierungssaldo	-1.981,9
<b>IV.</b>	<b>NACHRICHTLICH</b>	
	<b>ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL</b>	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	1.986,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	17.978,9
	Kreditermächtigung (brutto)	19.964,9

## KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		( Mio EUR )
<b>I.</b>	<b>EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	19.964,9
	Zusammen	19.964,9
<b>II.</b>	<b>TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	156,4 17.978,9
	Zusammen	18.135,4
<b>III.</b>	<b>NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-156,4 1.986,0
	Zusammen	1.829,6



## Begründung

### **I. Allgemeiner Teil**

#### **Inhalt und Notwendigkeit des Nachtragshaushalts 2016**

Insbesondere vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten hat die Landesregierung ein Maßnahmenpaket für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort beschlossen.

Dieses Maßnahmenpaket umfasst die folgenden 15 Punkte:

#### **A. Hilfe für die Opfer und konsequente Strafverfolgung**

1. Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle im Bereich der Justiz für die Opfer der Straftaten aus der Silvesternacht in Köln, um diese zu begleiten, allgemeine Hilfestellung zu leisten und Opfergespräche zu führen.
2. Personelle Verstärkung innerhalb der Staatsanwaltschaften für die noch zügigere Bearbeitung der anhängigen Verfahren und Übertragung der positiven Erfahrungen mit dem Modell „Staatsanwalt für den Ort“ durch personelle Bündelung der Zuständigkeiten innerhalb der Staatsanwaltschaften.
3. Auslobung einer hohen Belohnung für Hinweise, die zur Ermittlung oder Ergreifung der Täter aus der Silvesternacht in Köln führen.
4. Zugleich konsequente Verfolgung von Straftaten mit rassistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund durch rechtsradikale Banden und Gruppierungen.

#### **B. Stärkung der Inneren Sicherheit**

5. Schnellere Verfahren  
Intensive Nutzung des besonders beschleunigten Strafverfahrens insbesondere in den Großstädten des Landes.
6. Mehr Polizei vor Ort  
Die Präsenz der Polizei auf der Straße wird verstärkt. Dafür sollen möglichst schnell 500 Polizisten zusätzlich an den Kriminalitätsbrennpunkten der Ballungsräume eingesetzt werden.
7. Ausweitung der Videobeobachtung  
In den Ballungsräumen wird die Videobeobachtung an Kriminalitätsbrennpunkten (z.B. auf den Kölner Ringen) auf der Basis des Polizeigesetzes verstärkt, um Straftäter abzuschrecken oder Straftaten besser nachweisen zu können.
8. Prävention aller Formen von sexualisierter Gewalt  
Die bestehenden Präventionsprogramme gegen jede Form von sexualisierter Gewalt werden ausgeweitet und, wenn nötig, neu justiert.
9. Intensivierung des Datenaustausches von Polizei und Justiz mit Behörden und Gerichten im In- und Ausland  
Es werden Maßnahmen ergriffen, um eine verlässliche Feststellung der Identität von Straftätern zu ermöglichen und Wiederholungstaten zu verhindern (z. B. durch gespeicherte Fingerabdrücke).
10. Durchführung von Sicherheitskonferenzen  
Der Innenminister wird in den Großstädten zu Sicherheitskonferenzen einladen, an denen Kommunen, Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden beteiligt werden.

### C. Mehr Ordnung in den Asylverfahren

#### 11. Beschleunigung der Asylverfahren

Die Asylverfahren müssen dringend beschleunigt werden. Die Landesregierung wird sich daher einer sachlichen Diskussion aller Maßnahmen auf Bundesebene nicht verschließen, die zu der Beschleunigung der Asylverfahren – einschließlich der anhängigen „Altfälle“ – führen. Die Beschleunigung der Verfahren ist der Schlüssel für gelingende Integration und beugt auch der Entwicklung krimineller Banden und Milieus vor.

#### 12. Zentrale Koordinierungsstellen

Das Land wird die Kommunen bei freiwilligen Ausreisen und bei Ausweisungen noch effektiver unterstützen. Hierzu werden zentrale Koordinierungsstellen bei den Zentralen Ausländerbehörden eingerichtet und dort deren Personal verstärkt. Die Koordinierungsstelle wird bisherige Unterstützungsleistungen bei Abschiebungen wie Flug- und Transportmanagement bündeln und den Kommunen als zentraler Ansprechpartner für Rückkehrfragen zur Verfügung stehen.

#### 13. Beseitigung von Abschiebungshindernissen

Das Fehlen von Reisedokumenten ausreisepflichtiger Personen und die daraus resultierende schwierige und langwierige Beschaffung von Passersatzdokumenten verhindern in vielen Fällen zügige Abschiebungen. Dies gilt vor allem bei Abschiebungen in nordafrikanische Staaten. Die Landesregierung wird gemeinsam mit dem verantwortlichen Bund auf die Beseitigung von Abschiebungshindernissen hinwirken und sich aktiv an der neuen Organisationseinheit für die Passersatzpapierbeschaffung beteiligen.

### D. Stärkung der Integration vor Ort

14. Die flächendeckend aufgebauten und gerade gestärkten Kommunalen Integrationszentren werden die Aufgabe der Wertevermittlung als zentrale Aufgabe wahrnehmen und koordinieren. Dazu sind bereits geeignete Materialien entwickelt worden.

15. Als erstes und bisher einziges Bundesland investiert NRW erhebliche Mittel, um zunächst 3.600 zusätzliche Plätze in Basissprachkursen zu den Angeboten des Bundes zu schaffen – und dies zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.

Die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets macht einen Nachtragshaushalt für 2016 erforderlich, mit dem die für 2016 benötigten zusätzlichen Planstellen/Stellen, die erforderlichen Personal- und Sachausgaben sowie die notwendigen Investitionen bereitgestellt werden.

Neben den zusätzlichen Planstellen/Stellen und Ausgaben zur Umsetzung des Maßnahmenpakets enthält der Nachtrag noch folgende Positionen:

- 4 zusätzliche Planstellen/Stellen und Ausgaben für den vom Landtag eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“;
- Ausgaben in Höhe von rd. 3,4 Mio. EUR für die Eingangssicherung am Gebäude des Landtags.
- 6 zusätzliche Planstellen für eine Stabsstelle im Ministerium für Inneres und Kommunales zur Begleitung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Silvesternacht 2015“.

## **II. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1:**

#### **Zu Nr. 1 und 2:**

Die Änderungen sind die Folge der Ansatzänderungen in den Einzelplänen.

### **Zu Artikel 2:**

Dieser Artikel enthält die Inkrafttretensklausel.



## **I. Übersicht über die wesentlichen Veränderungen des Nachtrags- haushalts**

### **1. Veränderungen bei den Ausgaben**

Die Umsetzung des Maßnahmenpakets führt für das Haushaltsjahr 2016 zu Mehrausgaben in Höhe von rd. 42,6 Mio. EUR.

Die Mehrausgaben für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“ betragen rd. 0,9 Mio. EUR.

Für die Eingangssicherung am Gebäude des Landtags sind zusätzliche Ausgaben in Höhe von rd. 3,4 Mio. EUR vorgesehen.

Diese gesamten Mehrausgaben in Höhe von rd. 46,9 Mio. EUR werden durch eine Erhöhung der Globalen Minderausgabe im Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung (Epl. 20) vollständig wie folgt gedeckt.

- Erhöhung der Globalen Minderausgaben im Einzelplan 20 für das Jahr 2016 um rd. 46,9 Mio. EUR auf dann insgesamt rd. 716,5 Mio. EUR.

### **2. Veränderung des Stellensolls 2016**

Mit dem Nachtragshaushalt 2016 werden insgesamt 806 zusätzliche Stellen eingerichtet (495 Planstellen und 311 Arbeitnehmerstellen) mit Personalmehrausgaben von rund 13,9 Mio. EUR. Davon dienen 796 Stellen sowie die Schaffung von 4 zusätzlichen Einstellungsermächtigungen der Umsetzung des 15-Punkte-Maßnahmenpakets für mehr innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort (Personalausgaben: +13,7 Mio. EUR).

Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit der Einrichtung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Silvesternacht 2015“ im Landtag 4 Stellen (3 Planstellen sowie 1 Arbeitnehmerstelle) sowie im Geschäftsbereich des MIK 6 Planstellen für eine Stabsstelle benötigt (Personalausgaben: +0,2 Mio. EUR).

Das Personalstellensoll 2016 im Landeshaushalt entwickelt sich danach wie folgt:

<b>Stellensoll bisher laut Haushaltsgesetz 2016</b>	<b>291.482</b>
Zusätzliche Planstellen und Stellen im Einzelplan des LT	+4
Zusätzliche Planstellen und Stellen im Einzelplan des MIK	+506
Zusätzliche Planstellen und Stellen im Einzelplan des JM	+296
<b>= Stellensoll neu laut Nachtragshaushaltswurf 2016</b>	<b>292.288</b>

Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 2.

### 3. Veränderungen bei den Verpflichtungsermächtigungen

Zur Umsetzung des Maßnahmenpakets sind zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rd. 61,9 Mio. EUR erforderlich.

Alle bei den Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen vorgenommenen Änderungen sind in der Anlage 1 zusammengefasst dargestellt.

Eine Gesamtdarstellung aller Veränderungen in einer dem gedruckten Haushalt entsprechenden Darstellung ist als Anlage 3 beigefügt.

## II. Auswirkungen der Veränderungen des Nachtragshaushaltswurfs auf die Nettoneuverschuldung

Die mit dem Nachtragshaushalt 2016 vorgenommenen Veränderungen führen zu keiner Veränderung der bislang im Haushalt 2016 vorgesehenen Nettoneuverschuldung, da die Mehrausgaben vollständig durch die Erhöhung der Globalen Minderausgabe im Einzelplan 20 gedeckt werden.

## III. Auswirkung der Veränderungen auf das Haushaltsvolumen

Die vorgenommenen Veränderungen führen zu keiner Veränderung beim Haushaltsvolumen, da die Mehrausgaben vollständig durch die Erhöhung der Globalen Minderausgabe im Einzelplan 20 gedeckt werden.

Haushaltsvolumen alt:	69.564.601.100 EUR
Haushaltsvolumen neu:	69.564.601.100 EUR

Anlage 1

**Kurzdarstellung der für den Nachtrag 2016 angemeldeten Veränderungen**

Zeile	Epl.	Ressort (bzw. Bezeichnung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E		A	VE
						- in EUR -			
1	01	LT			Sicherung des Landtagsgebäudes				
2			-	01 010/517 01	Bewirtschaftung der Gebäude - Bewachung und Einlasskontrolle			375.000	
3			-	01 010/519 02	Bauunterhaltung - Sicherung des Landtagsgebäudes - Baumaßnahmen			3.000.000	
4					<b>PUA Kölner Silvesternacht</b>				
5			-	01 010/422 60 bzw. 01 010/422 01	2 Stellen der BesGr. A 16 sowie 1 Stelle A 13 g.D.; (kw 31.07.2017)			160.500	
6			-	01 010/428 60 bzw. 01 010/428 01	1 Stelle vgl. m.D. (kw 31.07.2017)			45.800	
7			-	01 010/526 60	Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten			55.000	
8			-	01 010/547 60	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben			27.500	
9			-	01 010/684 60	Zuschüsse an Fraktionen			605.000	
10	03	MIK		Stabsstelle PUA	<b>"Untersuchungsausschuss Silvesternacht 2015"</b>				
11				03 010/422 01	Planstellen PUA "Silvesternacht 2015" 1x B2, 1x A13 gD, 2x A 12, 2x A 11, kw 31.07.2017 - 2016 ohne Budget			0	

1/1

Zeile	Epl.	Ressort (bzw. Bezeichnung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E		A	VE
						- in EUR -			
12			6		Mehr Polizei vor Ort				
13			6		Lebensarbeitszeitverlängerung				
14				03 110/422 01	Lebensarbeitszeitverlängerung (besoldungsscharfer Stellenpool): 50xA13gD, 50xA12, 138xA11, 12xA10, kw 31.12.2019			0	
15				03 110/422 01	Lebensarbeitszeitverlängerung (Anreizzulage); gedeckt aus Einsparung bei 03 110/428 01 (siehe Zeile 27)			270.400	
16				03 110/514 01	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen - Ersatz Pensionäre			37.500	
17				03 110/514 02	Dienstkleidung Ersatz-Pensionäre-			337.500	
18				03 110/811 01	Kfz Ersatz-Pensionäre			437.500	
19				03 110/812 00	Ausstattung WuG Ersatz Pensionäre			37.500	
20				03 110/812 60	Computer, Telefon - IT - Nachersatz Pensionäre			37.500	
21				03 910/432 00	Wegfall der Versorgungsleistungen			-4.763.200	
22			6		Tarifbeschäftigte				
23				03 110/428 01	250 Tarifstellen (100 x vgl. g.D., EG 11, 150 x vgl. m.D., EG 8), 2016 Budget für 9 Monate, je 50 x kw 31.12.2020-31.12.2024			10.487.600	
24				03 110/514 01	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen - Tarifbeschäftigte			37.500	
25				03 110/811 01	Kfz für neue Tarifstellen			375.000	
26				03 110/812 00	Ausstattung (Möbel) Tarifbeschäftigte			187.500	
27				03 110/812 60	Computer, Telefon - IT - Tarifbeschäftigte			125.000	
28			6	-	Zurückführen von Unterstützungseinsätzen außerhalb von NRW auf das rechtlich zulässige Maß			0	

№	Epl.	Ressort (bzw. Bezeichnung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	- in EUR -		
						E	A	VE
29			6		Verstärkung der Bereitschaftspolizei			
30				03 110/514 02	Dienstkleidung BePo - Polizei vor Ort		78.100	
31				03 110/518 04	Mieten/Pachten-BePo		350.400	
32				03 110/811 01	BePo - Polizei vor Ort		2.640.300	15.822.200
33				03 110/812 00	WuG-BePo - Polizei vor Ort		87.000	
34				03 110/812 60	IT- BePo - Polizei vor Ort		30.500	
35			6		Aufbau von 3 MEK			
36				03 110/514 02	Dienstkleidung MEK - Polizei vor Ort		10.100	
37				03 110/518 04	Mieten/Pachten-MEK		194.400	
38				03 110/811 01	MEK - Polizei vor Ort		565.300	
39				03 110/811 01	MEK-LKA		450.000	
40				03 110/811 01	IMSI CATCHER (Kfz-Ortungstechnik für Mobiltelefone)		562.500	
41				03 110/812 00	WuG-MEK-Polizei vor Ort		26.300	
42				03 110/812 60	IT-MEK - Polizei vor Ort		302.800	
43				03 110/812 60	IMSI-CATCHER (Software für Kfz-Ortungstechnik, s. 811 01)		93.800	
44			7		Ausweitung der Videobeobachtung			
45				03 110/547 60	IT-Projekt		1.000.000	5.000.000
46				03 110/812 60	IT-Projekt 812 60		1.500.000	5.000.000
47				03 110/812 60	Videobeobachtung		3.000.000	8.000.000

№	Epl.	Ressort (bzw. Bezeichnung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	E		A	VE
							- in EUR -		
48			9		Intensivierung des Datenaustauschs von Polizei und Justiz				
49				03 110/812 60	Datenaustausch Justiz-Polizei			1.250.000	
50			12		Zentrale Koordinierungsstelle				
51				03 030/633 10	Personalverstärkung bei den zentralen Ausländerbehörden			1.201.600	
52	04	JM			100 zusätzl. Stellen für Richter/innen				
53			2,4,5	04 210/422 01	25 Planstellen Vorsitzende/r Richter/in am Landgericht (BesGr. R 2)			892.300	
54			2,4,5	04 210/42201	75 Planstellen für Richter/in am Amts-/Landgericht (BesGr. R 1)			2.066.800	
55			2,4,5	04 210/517 04	Bewirtschaftung zusätzl. Büroflächen			137.500	
56			2,4,5	04 210/518 04	Anmietung zusätzl. Büroflächen			206.300	8.190.000
57			2,4,5	04 210/711 00	Kleine Umbauarbeiten			100.000	
58			2,4,5	04 210/812 10	Arbeitsplatzausstattung			150.000	
59			2,4,5	04 210/812 64	IT-Ausstattung der neuen Arbeitsplätze			90.000	
60					100 zusätzl. Planstellen für Staatsanwälte/innen:				
61			2,4,5	04 215/422 01	15 Planstellen Oberstaatsanwalt/anwältin (BesGr. R 2)			535.400	
62			2,4,5	04 215/422 01	85 Planstellen für Staatsanwälte/wältinnen (BesGr. R 1)			2.342.400	
63			2,4,5	04 215/517 04	Bewirtschaftung zusätzl. Büroflächen			137.500	
64			2,4,5	04 215/518 04	Anmietung zusätzl. Büroflächen			206.300	8.190.000
65			2,4,5	04 215/711 00	Kleine Umbauarbeiten			100.000	
66			2,4,5	04 215/812 10	Arbeitsplatzausstattung			150.000	

Zeile	Epl.	Ressort (bzw. Bezeichnung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	- in EUR -			
						E	A	VE	
67			2,4,5	04 210/812 64	IT-Ausstattung der neuen Arbeitsplätze		90.000		
68				60 zusätzl. Stellen für Arbeitnehmer/innen vgl. der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes:					
69			2,4,5	04 210/428 01	30 Stellen für die ordentliche Gerichtsbarkeit (Entgeltgruppe 8)		678.200		
70			2,4,5	04 210/517 04	Bewirtschaftung zusätzl. Büroflächen		41.300		
71			2,4,5	04 210/518 04	Anmietung zusätzl. Büroflächen		61.900		
72			2,4,5	04 210/711 00	Kleine Umbauarbeiten		30.000		
73			2,4,5	04 210/812 10	Arbeitsplatzausstattung		45.000		
74			2,4,5	04 210/812 64	IT-Ausstattung der neuen Arbeitsplätze		27.000		
75			2,4,5	04 215/428 01	30 Stellen für die Staatsanwaltschaften (Entgeltgruppe 8)		678.200		
76			2,4,5	04 215/517 04	Bewirtschaftung zusätzl. Büroflächen		41.300		
77			2,4,5	04 215/518 04	Anmietung zusätzl. Büroflächen		61.900		
78			2,4,5	04 215/711 00	Kleine Umbauarbeiten		30.000		
79			2,4,5	04 215/812 10	Arbeitsplatzausstattung		45.000		
80			2,4,5	04 210/812 64	IT-Ausstattung der neuen Arbeitsplätze		27.000		
81				26 zusätzliche Planstellen des einfachen Dienstes:					
82			2,4,5	04 210/422 01	26 Justizhauptwachmeister/in (BesGr. A 4)		356.800		
83			2,4,5	04 210/514 02	Dienstkleidungszuschüsse		3.100		
84			2,4,5	04 210/812 10	Mobiliar		6.800		
85				10 zusätzliche Planstellen des gehobenen Justizdienstes sowie 4 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter:					
86			2,4,5	04 210/422 01	Personalausgaben für 10 Planstellen für Justizinspektorinnen/Justizinspektoren (BesGr. A 9) (Betrag für 3 Monate)		79.800		

№	Epl.	Ressort (bzw. Bezeich- nung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	- in EUR -		
						E	A	VE
87			2,4,5	04 210/812 10	Investitionsmittel für die Arbeitsplatzausstattung		15.000	
88			2,4,5	04 210/812 64	Investitionsmittel für die IT-Ausstattung der Arbeitsplätze		9.000	
89			2,4,5	04 210/422 02	Personalausgaben für 4 Rechtspflegeranwärter (Betrag für 5 Monate)		22.800	
90			2,4,5	04 210/514 10	Verpflegung der Anwärter		4.800	
91			2,4,5	04 210/518 01	Anmietung von Unterkünften an der FHR für die theoretische Ausbildung im Jahr 2016 (5 Monate)		30.000	
92			2,4,5	04 210/812 10	Ausstattung der Unterkünfte mit Mobiliar		4.000	
93					<b>Zusätzliche Fördermittel Prävention:</b>			
94			8	04 210/684 50	Programm zur Förderung der Täterarbeit als Mittel der Gewaltprävention und der Haftvermeidung (Täterarbeit)		80.000	
95	05	MSW	8	05 010/547 63	Öffentlichkeitsarbeit		25.000	
96			15	05 072/633 22	Sprachförderung (VHS)		120.000	
97			15	05 072/684 22	Sprachförderung (andere Träger)		130.000	
98			8	05 072/686 22	Modellprojekte Wertebildung (Innovationsfonds)		50.000	
99			8	05 300/547 82	Schulentwicklungsfonds - Vermittlungsprojekte zu Rollenbildern		125.000	200.000
100			8	05 300/547 91	Lehrerfortbildung		250.000	
101	06	MIWF	15	06 100/685 XX	Weiterbildungsangebot "Deutsch als Zweitsprache"		665.000	5.500.000
102	07	MFKJKS	8	07 040/633 68	Neue pädagogische Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und im Kinderschutz zum Thema " Sexualisierte Gewalt".		2.750.000	

№	Epl.	Ressort (bzw. Bezeich- nung)	Lfd. Nr. des 15- Punkte- Progr.	Kapitel/ Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	- in EUR -		VE	
						E	A		
103	11	MAIS	14	11 060/633 68	5000 Maßnahmen zur Vermittlung von Werten und Regeln des alltäglichen Miteinanders		1.000.000		
104			15	11 032/686 71	Bereitstellung von weiteren 3.600 Plätzen in Basissprachkursen aus Landesmitteln		4.000.000		
105			ohne	11 029/282 10	Strichansätze zur Vereinnahmung/Verausgabung von Bundesmitteln im Bereich Arbeit und Qualifizierung				
106				11 029/686 30					
107	15	MGEPA		15 035/TG 61	<b>Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen:</b>				
108			8.1.2/8.1.3		Einrichtung von bis zu 6 zusätzl. Frauennotrufen /Beratungsstellen u. Förderung von 1,5 Stellen bei jeder Fraueninitiative gegen sexualisierte Gewalt		3.000.000	6.000.000	
109	20	Allg. Finanzverw.		20 020/972 10	Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen		-46.917.600		
110									
111				<b>SUMME Nachtrag 2016:</b>			0	0	61.902.200

Nachtragshaushalt 2016  
Personalhaushalt

Einzelplan/ Titel	zusätzliche Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personal- ausgaben in EUR
<b>Epl. 01 - LT</b>		<b>Parlamentarischer Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015"</b>	
01 010 - 422 01/60	3	2 Planstellen A 16 sowie 1 Planstelle A 13 gD mit kw-Vermerken zum 31.07.2017	160.500
01 010 - 428 01/60	1	Arbeitnehmerstelle mD mit kw-Vermerk zum 31.07.2017	45.800
<b>insges. - LT</b>	<b>4</b>		<b>206.300</b>
<b>Epl. 03 - MIK</b>		<b>Umsetzung 15-Punkte-Maßnahmenpaket innere Sicherheit/bessere Integration</b>	
		<b>P 6: Mehr Polizei vor Ort</b>	
03 110 - 422 01	250	Planstellen für PVB (50x A 13 gD, 50x A 12, 138x A 11, 12x A 10) wegen Verlängerung der Lebensarbeitszeit inkl. Anreizzulage mit kw-Vermerken zum 31.12.2019	0
03 910 - 432 00		Einsparung bei den Versorgungsausgaben wegen Verlängerung der Lebensarbeitszeit	270.400
03 110 - 428 01	250	Arbeitnehmerstellen (100x gD, 150x mD) mit kw-Vermerken je 50x zum 31.12.2020 bis 2024 zur Entlastung der PVB von Verwaltungstätigkeiten	-4.763.200
			10.487.600
03 010 - 422 01	6	<b>Parlamentarischer Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015"</b> Planstellen (B 2, A 13 gD, 2x A 12, 2x A 11) mit kw-Vermerken zum 31.07.2017 für die beim MIK einzurichtende Stabsstelle	0
<b>insges. - MIK</b>	<b>506</b>		<b>5.994.800</b>

Nachtragshaushalt 2016  
Personalhaushalt

Einzelplan/ Titel	zusätzliche Stellen	Erläuterungen (z.B. Wertigkeiten, Gründe)	Personal- ausgaben in EUR
<b>Epl. 04 - JM</b>			
04 210 - 422 01	100	<b>Umsetzung 15-Punkte-Maßnahmenpaket innere Sicherheit/bessere Integration</b> 25 Richterstellen R 2, 75 Richterstellen R 1 an Amts-/Landgerichten Planstellen A 4 Planstellen A 9 gD für Rechtspfleger/-innen 4 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Rechtspflegeranwärter/-innen Arbeitnehmerstellen mD P 2, 4, 5	2.959.100
04 210 - 422 01	26		356.800
04 210 - 422 01	10		79.800
04 210 - 422 02			22.800
04 210 - 428 01	30		678.200
04 215 - 422 01	100	15 Planstellen R 2 für Oberstaatsanwältinnen/Oberstaatsanwältinnen	2.877.800
04 215 - 428 01	30	85 Planstellen R 1 für Staatsanwältinnen/Staatsanwältinnen Arbeitnehmerstellen mD	678.200
<b>insges. - JM</b>	<b>296</b>		<b>7.652.700</b>
<b>Summe</b>	<b>806</b>		<b>13.853.800</b>

Aulage 3

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Landtags  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 01 010**  
**Landtag**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

<b>01 010</b>	<b>Landtag</b>			
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Personalausgaben</b>			
<b>422 01 011</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. ....</b>	<b>6 566 900</b>	<b>+160 500</b>	<b>6 727 400</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Siehe Begründung zu Titel 422 60.</i>			

<b>428 01 011</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b>	<b>11 107 800</b>	<b>+45 800</b>	<b>11 153 600</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Siehe Begründung zu Titel 428 60.</i>			

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>517 01 011</b>	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. ....</b>	<b>4 300 900</b>	<b>+375 000</b>	<b>4 675 900</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Bedarf zur Realisierung des Konzepts für die Sicherung des Landtagsgebäudes - Bewachung und Einlasskontrolle.</i>			

<b>519 02 011</b>	<b>Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen. ....</b>	<b>4 967 500</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>7 967 500</b>
	<i>Begründung:</i> <i>Einmaliger Mehrbedarf in 2016 zur Realisierung des Konzepts für die Sicherung des Landtagsgebäudes - Baumaßnahmen.</i>			

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60  
Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Ausgaben für Enquete-Kommissionen und für andere befristete parlamentarische Gremien

<b>422 60 011</b>	<b>Bezüge der Beamten und Richter. ....</b>	—	—	—
-------------------	---	---	---	---

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
4	2	Bes.Gr. A 16 Ministerialrat/Ministerialrätin 4 (2) kw zum 31.07.2017

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

6	5	Bes.Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin 6 (5) kw zum 31.07.2017		
20	17	Planstellen		
—		davon Dienstwohnungsinhaber		
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>				
13	11	Höherer Dienst		
7	6	Gehobener Dienst		
—	—	Mittlerer Dienst		
—	—	Einfacher Dienst		

**Begründung:**

Die zusätzlichen Stellen (jeweils kw zum 31.07.2017) werden lt. Einsetzungsbeschluss für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015" benötigt.

Die zusätzlichen Mittel hierfür werden bei Kapitel 01 010 Titel 422 01 ausgewiesen.

**428 60 011 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .**

**Begründung:**

Die zusätzliche Stelle (kw zum 31.07.2017) wird lt. Einsetzungsbeschluss für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015" benötigt.

Die zusätzlichen Mittel hierfür werden bei Kapitel 01 010 Titel 428 01 ausgewiesen.

**Erläuterung  
Zu Titel 428 60:**

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	8	7	+1
Gesamt	8	7	+1

5 (4) Stellen kw zum 31.07.2017.

<b>526 60 011 Kosten für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten. . . . .</b>	<b>600 000</b>	<b>+55 000</b>	<b>655 000</b>
--	----------------	----------------	----------------

**Begründung:**

Die zusätzlichen Mittel werden für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015" benötigt.

<b>547 60 011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . .</b>	<b>824 000</b>	<b>+27 500</b>	<b>851 500</b>
--	----------------	----------------	----------------

**Begründung:**

Die zusätzlichen Mittel werden für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015" benötigt.

<b>684 60 011 Zuschüsse an Fraktionen. . . . .</b>	<b>3 460 000</b>	<b>+605 000</b>	<b>4 065 000</b>
--	------------------	-----------------	------------------

**Begründung:**

Die zusätzlichen Mittel werden für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Silvesternacht 2015" benötigt.

<b>Summe Titelgruppe 60. . . . .</b>	<b>5 889 500</b>	<b>+687 500</b>	<b>6 577 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 01 010. . . . .</b>	<b>123 461 800</b>	<b>+4 268 800</b>	<b>127 730 600</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 01 010. . . . .</b>	<b>4 525 000</b>	<b>—</b>	<b>4 525 000</b>

**Einzelplan 01  
Landtag**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	195 200	—	195 200
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	130 598 100	+4 268 800	134 866 900
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	4 550 200	—	4 550 200

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Inneres und Kommunales**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**



**Kapitel 03 030**  
**Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )		EUR	

**03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber  
und Bürgerkriegsflüchtlinge**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

<b>633 10</b>	<b>249</b>	<b>Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden. ....</b>	<b>45 709 100</b>	<b>+1 201 600</b>	<b>46 910 700</b>
<i>Begründung:</i>					
<i>Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.</i>					
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 030. ....</b>			<b>1 333 816 200</b>	<b>+1 201 600</b>	<b>1 335 017 800</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 030. ....</b>			<b>952 100 800</b>	<b>—</b>	<b>952 100 800</b>

**Kapitel 03 110  
Polizei**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

<b>03 110</b>	<b>Polizei</b>			
	<b>Ausgaben</b>			
	<b>Personalausgaben</b>			
<b>422 01 042</b>	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .</b>	<b>1 927 645 000</b>	<b>+270 400</b>	<b>1 927 915 400</b>

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
1.554	1.504	Bes.Gr. A 13 Erster/Erste Polizeihauptkommissar/Polizeihauptkommissarin Erster/Erste Kriminalhauptkommissar/Kriminalhauptkommissarin davon 3 (3) Stelle(n) ohne Besoldungsaufwand davon 50 (0) Stellen kw zum 31.12.2019
3.024	2.974	Bes.Gr. A 12 Polizeihauptkommissar/Polizeihauptkommissarin Kriminalhauptkommissar/Kriminalhauptkommissarin davon 50 (0) Stellen kw zum 31.12.2019
17.598	17.460	Bes.Gr. A 11 Polizeihauptkommissar/Polizeihauptkommissarin Kriminalhauptkommissar/Kriminalhauptkommissarin davon 138 (0) Stellen kw zum 31.12.2019
9.579	9.567	Bes.Gr. A 10 Polizeioberkommissar/Polizeioberkommissarin Kriminaloberkommissar/Kriminaloberkommissarin davon 12 (0) Stellen kw zum 31.12.2019
40.571	40.321	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>
712	712	Höherer Dienst
39.859	39.609	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Begründung:**  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

<b>428 01 042</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .</b>	<b>277 207 400</b>	<b>+10 487 600</b>	<b>287 695 000</b>
-------------------	---	--------------------	--------------------	--------------------

**Begründung:**  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

Erläuterung  
Zu Titel 428 01:

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Gehobener Dienst	1249	1149	+100
Mittlerer Dienst	4196	4046	+150
<b>Gesamt</b>	<b>5785</b>	<b>5535</b>	<b>+250</b>

Im o. g. Stellensoll sind 17 Ersatzstellen nach § 42 LPVG enthalten.

In der Laufbahngruppe vgl. m. D. ist 1 (0) Stelle kw zum 31.12.2017 (Qualifizierungsmaßnahme).

In der Laufbahngruppe vgl. g. D. sind 20 (0) Stellen kw zum 31.12.2020 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. m. D. sind 30 (0) Stellen kw zum 31.12.2020 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. g. D. sind 20 (0) Stellen kw zum 31.12.2021 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. m. D. sind 30 (0) Stellen kw zum 31.12.2021 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. g. D. sind 20 (0) Stellen kw zum 31.12.2022 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. m. D. sind 30 (0) Stellen kw zum 31.12.2022 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. g. D. sind 20 (0) Stellen kw zum 31.12.2023 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. m. D. sind 30 (0) Stellen kw zum 31.12.2023 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. g. D. sind 20 (0) Stellen kw zum 31.12.2024 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

In der Laufbahngruppe vgl. m. D. sind 30 (0) Stellen kw zum 31.12.2024 (Maßnahmenpaket Mehr Sicherheit vor Ort).

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

514 01 042 **Haltung von Dienstfahrzeugen. ....** 40 980 000 +75 000 41 055 000

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

514 02 042 **Dienst- und Schutzkleidung. ....** 19 780 000 +425 700 20 205 700

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

518 04 042 **Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschafts-  
betrieb NRW. ....** 142 144 800 +544 800 142 689 600

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Ausgaben für Investitionen**

811 01 042 **Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen. ....** 39 582 500 +5 030 600 44 613 100

**Verpflichtungsermächtigung:**

bisher	mehr / weniger	neu
34 000 000	+15 822 200	49 822 200

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

812 00 042 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa-  
chen. ....** 19 876 000 +338 300 20 214 300

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Titelgruppen**

Titelgruppe 60

Informations- und Kommunikationstechnik

**Kapitel 03 110**  
**Polizei**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
547 60 042	<b>Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. ....</b> Verpflichtungsermächtigung: bisher            mehr / weniger            neu —                    +5 000 000                    5 000 000	23 636 100	+1 000 000	24 636 100
	<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.			
812 60 042	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen. ....</b> Verpflichtungsermächtigung: bisher            mehr / weniger            neu 48 000 000            +13 000 000                    61 000 000	49 003 400	+6 339 600	55 343 000
	<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.			
	<b>Summe Titelgruppe 60. ....</b>	<b>77 067 300</b>	<b>+7 339 600</b>	<b>84 406 900</b>
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 110. ....</b>	<b>2 968 339 400</b>	<b>+24 512 000</b>	<b>2 992 851 400</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 110. ....</b>	<b>232 830 400</b>	<b>+33 822 200</b>	<b>266 652 600</b>

Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			
03 910	<b>Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen</b>			
<b>A u s g a b e n</b>				
<b>Personalausgaben</b>				
432 00 048	<b>Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten und deren Hinterbliebene. ....</b>	<b>792 945 100</b>	<b>-4 763 200</b>	<b>788 181 900</b>
<i>Begründung: Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.</i>				
<b>Gesamtausgaben Kapitel 03 910. ....</b>		<b>986 167 100</b>	<b>-4 763 200</b>	<b>981 403 900</b>

**Einzelplan 03**  
**Ministerium für Inneres und Kommunales**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen .....</b>	178 476 400	—	178 476 400
	<b>Gesamtausgaben .....</b>	8 532 402 400	+20 950 400	8 553 352 800
	<b>Verpflichtungsermächtigungen .....</b>	1 293 021 200	+33 822 200	1 326 843 400

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Justizministeriums  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 04 210**

**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

**A u s g a b e n**

**Personalausgaben**

**422 01 051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .** **559 230 900** **+3 395 700** **562 626 600**

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
470	445	Bes.Gr. R 2 Vorsitzender/Vorsitzende Richter/Richterin am Landgericht
2.321	2.246	Bes.Gr. R 1 Richter/Richterin am Amts- oder Landgericht
203	193	Bes.Gr. A 9 Justizinspektor/Justizinspektorin
550	524	Bes.Gr. A 4 Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin 57 Dienstwohnung(en)
11.591	11.455	Planstellen
57		davon Dienstwohnungsinhaber
<b>Gliederung nach Laufbahngruppen</b>		
3.710	3.610	Höherer Dienst
2.387	2.377	Gehobener Dienst
4.197	4.197	Mittlerer Dienst
1.297	1.271	Einfacher Dienst

**Begründung:**  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**422 02 051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. . . . .** **10 845 500** **+22 800** **10 868 300**

**Begründung:**  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Erläuterung**  
**Zu Titel 422 02:**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst**

Eingangsamst	Dienstbezeichnung	2016 neu	2016 bisher
--------------	-------------------	-------------	----------------

**Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst**

A 9 g.D.	Rechtspflegeranwärter/ Rechtspflegeranwärterinnen	595	591
Zusammen		1103	1099

Dazu

Verwaltungspraktikantinnen / Verwaltungspraktikanten		-	-
Verwaltungslehrlinge		-	-

**Anzahl der beabsichtigten Einstellungen**

A 9 g.D.	Rechtspflegeranwärter/ Rechtspflegeranwärterinnen	142	138
Zusammen		310	306

**428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . . . . 224 958 500 +678 200 225 636 700**

*Begründung:*  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Erläuterung**  
**Zu Titel 428 01:**

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	4046	4016	+30
Gesamt	4286	4256	+30

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

**514 02 051 Dienst- und Schutzkleidung. . . . . 396 200 +3 100 399 300**

*Begründung:*  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**517 04 051 Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbe-  
trieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und  
Räume. . . . . 30 669 600 +178 800 30 848 400**

*Begründung:*  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**518 04 051 Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschafts-  
betrieb NRW. . . . . 108 566 800 +268 200 108 835 000**

*Verpflichtungsermächtigung:*  
bisher            mehr / weniger            neu  
—                    +8 190 000                    8 190 000

*Begründung:*  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

**684 50 051 Zuwendungen an freie Träger zur Förderung der Tä-  
terarbeit. . . . . 477 600 +80 000 557 600**

**Kapitel 04 210**  
**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Ausgaben für Investitionen**

711 00 811 **Kleine Baumaßnahmen. . . . .** 1 765 900 +130 000 1 895 900

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

812 10 051 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa-  
chen. . . . .** 7 953 900 +216 800 8 170 700

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Erläuterung**

Zu Titel 812 10:

1. Erstausrüstung von neuen Dienst- und Funktionsräumen. . . . .	4 679 000 EUR
2. Beschaffung von Papier- und Aktenvernichtungsanlagen. . . . .	— EUR
3. Beschaffung von Maschinen, Geräten und Ausstattungsgegenständen für die Mikroverfilmung von Akten. . . . .	— EUR
4. Beschaffung von technischen Geräten für Maßnahmen der Sicherheit und Ordnung. . . . .	1 072 400 EUR
5. Beschaffung von sonstigen Maschinen und Geräten. . . . .	397 500 EUR
6. Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Einrichtungsgegenständen für Dienst- und Funktionsräume. . . . .	2 011 800 EUR
7. Ersatzbeschaffung von Sicht- und Sonnenschutzvorhängen. . . . .	— EUR
8. Ersatzbeschaffung von Beleuchtungskörpern. . . . .	10 000 EUR
9. Sonstiges. . . . .	— EUR
Zusammen. . . . .	8 170 700 EUR

**Titelgruppen**

Titelgruppe 64

Ausgaben für die Informationstechnik im Übrigen - ohne  
ERV-Programm

812 64 051 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa-  
chen. . . . .** 21 538 800 +243 000 21 781 800

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Summe Titelgruppe 64. . . . .** 64 399 100 +243 000 64 642 100

**Gesamtausgaben Kapitel 04 210. . . . .** 2 000 489 800 +5 216 600 2 005 706 400

**Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210. . . . .** 25 881 200 +8 190 000 34 071 200

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**04 215                    Generalstaatsanwaltschaften  
                                  und Staatsanwaltschaften**

**A u s g a b e n**

**Personalausgaben**

**422 01 051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und  
Beamtinnen, Richterinnen und Richter. ....**                    **143 649 700                    +2 877 800                    146 527 500**

**Planstellen**

2016 neu	2016 bisher	
258	243	Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwalt/Oberstaatsanwältin
829	744	Bes.Gr. R 1 Staatsanwalt/Staatsanwältin
3.052	2.952	Planstellen
2		davon Dienstwohnungsinhaber

**Gliederung nach Laufbahngruppen**

1.204	1.104	Höherer Dienst
762	762	Gehobener Dienst
846	846	Mittlerer Dienst
240	240	Einfacher Dienst

*Begründung:*  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .**                    **44 662 400                    +678 200                    45 340 600**

*Begründung:*  
Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Erläuterung**  
**Zu Titel 428 01:**

**Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2016 neu	Stellensoll 2016 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Mittlerer Dienst	891	861	+30
Gesamt	991	961	+30

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

**517 04 051 Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbe-  
trieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und  
Räume. ....**                    **2 408 000                    +178 800                    2 586 800**

**Kapitel 04 215  
Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--------------------------------------	---	--------------------------------------	--

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

518 04	051	<b>Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschafts- betrieb NRW. ....</b>	<b>8 284 000</b>	<b>+268 200</b>	<b>8 552 200</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher	mehr / weniger	neu	
		—	+8 190 000	8 190 000	

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Ausgaben für Investitionen**

711 00	811	<b>Kleine Baumaßnahmen. ....</b>	<b>175 600</b>	<b>+130 000</b>	<b>305 600</b>
--------	-----	----------------------------------	----------------	-----------------	----------------

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

812 10	051	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa- chen. ....</b>	<b>427 400</b>	<b>+195 000</b>	<b>622 400</b>
--------	-----	--	----------------	-----------------	----------------

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

**Erläuterung**

**Zu Titel 812 10:**

1.	Erstausstattung von neuen Dienst- und Funktionsräumen. ....	24 400 EUR
2.	Beschaffung von Papier- und Aktenvernichtungsanlagen. ....	— EUR
3.	Beschaffung von Maschinen, Geräten und Ausstattungsgegenständen für die Mikroverfilmung von Akten. ....	— EUR
4.	Beschaffung von technischen Geräten für Maßnahmen der Sicherheit und Ordnung. ....	105 500 EUR
5.	Beschaffung von sonstigen Maschinen und Geräten. ....	120 000 EUR
6.	Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Einrichtungsgegenständen für Dienst- und Funktionsräume. ....	370 000 EUR
7.	Ersatzbeschaffung von Sicht- und Sonnenschutzvorhängen. ....	— EUR
8.	Ersatzbeschaffung von Beleuchtungskörpern. ....	2 500 EUR
9.	Sonstiges. ....	— EUR
	<b>Zusammen. ....</b>	<b>622 400 EUR</b>

<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 215. ....</b>	<b>236 207 300</b>	<b>+4 328 000</b>	<b>240 535 300</b>
--	--------------------	-------------------	--------------------

<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 215. ....</b>	<b>—</b>	<b>+8 190 000</b>	<b>8 190 000</b>
--	----------	-------------------	------------------

**Kapitel 04 510**  
**Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justizverwaltung**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**04 510                    Aus- und Fortbildungseinrichtungen  
                                  der Justizverwaltung**

**A u s g a b e n**

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

<b>514 02</b>	<b>012</b>	<b>Dienst- und Schutzkleidung. ....</b>	<b>5 100</b>	<b>+4 800</b>	<b>9 900</b>
<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.					
<b>518 01</b>	<b>012</b>	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume. ....</b>	<b>498 400</b>	<b>+30 000</b>	<b>528 400</b>
<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.					

**Erläuterung  
Zu Titel 518 01:**

Bezeichnung und Lage	Haupt- und Nebenfläche (qm)	Jahresmiete 2016 (EUR)
Anmietungen mit bis zu 125.000 EURO Jahresmiete je Einzelfall	0	314.000
Zusammen	3.900	528.400

**Ausgaben für Investitionen**

<b>812 10</b>	<b>012</b>	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sa- chen. ....</b>	<b>186 000</b>	<b>+4 000</b>	<b>190 000</b>
<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.					
<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 510. ....</b>			<b>17 541 500</b>	<b>+38 800</b>	<b>17 580 300</b>

**Einzelplan 04  
Justizministerium**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 176 014 200	—	1 176 014 200
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 037 662 700	+9 583 400	4 047 246 100
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	40 928 200	+16 380 000	57 308 200

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für**  
**Schule und Weiterbildung**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**



Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

**05 072 Landesförderungen der Weiterbildung**

**A u s g a b e n**

**Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

633 22	152	<b>Projektförderung für zusätzliche Angebote im Bereich der Weiterbildung (Gemeinden) . . . . .</b>	1 200 000	+120 000	1 320 000
		<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.			
684 22	153	<b>Projektförderung für zusätzliche Angebote im Bereich der Weiterbildung (andere Träger) . . . . .</b>	1 300 000	+130 000	1 430 000
		<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.			
686 22	153	<b>Förderung der Innovation der Weiterbildung. . . . .</b>	232 000	+50 000	282 000
		<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.			
		<b>Gesamtausgaben Kapitel 05 072. . . . .</b>	93 118 400	+300 000	93 418 400



**Einzelplan 05**  
**Ministerium für Schule und Weiterbildung**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	266 153 000	—	266 153 000
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	17 266 061 500	+700 000	17 266 761 500
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	293 208 800	+200 000	293 408 800

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Innovation, Wissenschaft  
und Forschung  
für das Haushaltsjahr  
2016**



	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 418 888 000	—	1 418 888 000
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	8 254 126 700	+665 000	8 254 791 700
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	753 029 000	+5 500 000	758 529 000

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Familie, Kinder, Jugend,  
Kultur und Sport  
für das Haushaltsjahr  
2016**

**Kapitel 07 040**  
**Kinder- und Jugendhilfe**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

**07 040                      Kinder- und Jugendhilfe**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 68

Koordinierung der Maßnahmen für Kinder aus Flüchtlings-  
familien und für jugendliche Flüchtlinge

<b>633 68</b>	<b>266</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden (GV) . . . . .</b>	<b>3 500 000</b>	<b>+2 750 000</b>	<b>6 250 000</b>
<i>Begründung:</i>					
<i>Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.</i>					
<b>Summe Titelgruppe 68 . . . . .</b>			<b>3 700 000</b>	<b>+2 750 000</b>	<b>6 450 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 07 040 . . . . .</b>			<b>2 890 211 200</b>	<b>+2 750 000</b>	<b>2 892 961 200</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 040 . . . . .</b>			<b>125 655 000</b>	<b>—</b>	<b>125 655 000</b>

**Einzelplan 07**  
**Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
<b>Gesamteinnahmen</b> .....	159 274 900	—	159 274 900	
<b>Gesamtausgaben</b> .....	3 395 672 100	+2 750 000	3 398 422 100	
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	244 420 000	—	244 420 000	

**Haushaltsplan**  
**für den Geschäftsbereich**  
**des Ministeriums für Arbeit,**  
**Integration und Soziales**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**



**Kapitel 11 032**

**Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

11 032

**Gemeinschaftlich mit der EU  
finanzierte Förderungen von Arbeits-  
und Qualifizierungsmaßnahmen**

**A u s g a b e n**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 71

Zuwendungen aus Mitteln des Landes zur Kofinanzierung der gemeinschaftlich mit der EU aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Maßnahmen der Förderphase 2014 - 2020 (Landesanteil)

686 71	253	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke. . . . .	23 000 000	+4 000 000	27 000 000
<i>Begründung:</i> Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.					
<b>Summe Titelgruppe 71. . . . .</b>			<b>23 000 000</b>	<b>+4 000 000</b>	<b>27 000 000</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 11 032. . . . .</b>			<b>127 500 000</b>	<b>+4 000 000</b>	<b>131 500 000</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 11 032. . . . .</b>			<b>126 500 000</b>	<b>—</b>	<b>126 500 000</b>



**Einzelplan 11**  
**Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	3 276 244 700	—	3 276 244 700
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 227 562 000	+5 000 000	4 232 562 000
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	152 603 600	—	152 603 600

**Haushaltsplan  
für den Geschäftsbereich  
des Ministeriums für  
Gesundheit, Emanzipation,  
Pflege und Alter  
für das Haushaltsjahr  
2016**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

15 035

**Emanzipation**

**Ausgaben**

**Titelgruppen**

Titelgruppe 61

Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen

684 61	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen. ....</b>	<b>18 981 200</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>21 981 200</b>
		<b>Verpflichtungsermächtigung:</b>			
		bisher		mehr / weniger	neu
		2 250 000		+6 000 000	8 250 000

**Begründung:**

Umsetzung des Maßnahmenpakets der Landesregierung für mehr Innerere Sicherheit und bessere Integration vor Ort.

<b>Summe Titelgruppe 61. ....</b>	<b>18 981 200</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>21 981 200</b>
<b>Gesamtausgaben Kapitel 15 035. ....</b>	<b>25 275 400</b>	<b>+3 000 000</b>	<b>28 275 400</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 15 035. ....</b>	<b>3 970 000</b>	<b>+6 000 000</b>	<b>9 970 000</b>

**Einzelplan 15**  
**Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	234 645 800	—	234 645 800
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	1 090 034 200	+3 000 000	1 093 034 200
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	170 923 000	+6 000 000	176 923 000

**Haushaltsplan**  
**der allgemeinen Finanzverwaltung**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2016**



**Einzelplan 20**  
**Allgemeine Finanzverwaltung**

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	59 043 512 500	—	59 043 512 500
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	15 170 661 900	-46 917 600	15 123 744 300
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	168 052 000	—	168 052 000